

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Umwelt und Verkehr** der Stadt Burgdorf am **22.05.2012** Sitzungszimmer des Rathauses II

17.WP/UmVerkA/005

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 18:21 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:20 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 18:34 Uhr

Anwesend: **Vorsitzende**

Leykum, Maria

stellv. Vorsitzender

Obst, Wolfgang

Mitglied/Mitglieder

Heldt, Gabriele
Köneke, Klaus
Kuyucu, Ahmet
Morich, Hans-Dieter
Ruser, Horst
von Oettingen, Gero

Beratende/s Mitglied/er

Kusber, Paula
Suszka, Bernd

Mitglied des Rates

Ehrhardt, Hans-
Joachim

Vertretung für Herrn Weinel

Fleischmann, Michael

Von TOP 3 bis TOP 7

Verwaltung

Herbst, Rainer
Stabno, Martin

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 24.04.2012
3. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

4. Mitteilungen des Bürgermeisters
5. Radschnellweg nach Lehrte über Röddensen und Aligse und Anschluss an den geplanten Radschnellweg nach Hannover;
Antrag von Herrn Fleischmann vom 14.03.2012
Vorlage: 2012 0111
6. Ausbau und Verbesserung der Radabstellanlagen auf beiden Seiten des Burgdorfer Bahnhofs;
Antrag von Herrn Fleischmann vom 15.03.2012
Vorlage: 2012 0112
7. Straßeneinmündung Kronsberg-Burgdorfer Straße
- Antrag von Herrn Ortsbürgermeister Carl Hunze vom 18. April 2012 -
Vorlage: 2012 0128
8. Wegebau im Flurbereinigungsverfahren Burgdorf-Nord
Vorlage: 2012 0140
9. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Frau Leykum begrüßte alle Anwesenden sowie den Vertreter der Presse und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die beratenden Ausschussmitglieder Kleinschmidt, Abend und Bethmann konnten an der Sitzung nicht teilnehmen. Die Tagesordnung wurde **einstimmig beschlossen**.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 24.04.2012

Herr von Oettingen hinterfragte bzgl. des Protokolls (S. 8) die Aussage von Herrn Herbst, dass die Richtungsmarkierungen der Linksabbiegespur abgefräst werden müssten.

Herr Herbst bestätigte, dass ein Abkleben nicht ausreichen würde. Weiter muss grundsätzlich das Einverständnis der Straßenbauverwaltung für Maßnahmen vorliegen. Die entsprechende Prüfung läuft und ist noch in der Abstimmung.

Einstimmig fasst der Ausschuss für Umwelt und Verkehr folgenden

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 24.04.2012 wurde genehmigt.

3. **Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

Keine Anfragen.

4. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Herbst teilte mit:

- a) Die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr sieht im Bereich „Im Langen Mühlenfeld“ keinen Handlungsbedarf für eine Sanierung der Fahrbahndecke und damit für eine Kostenbeteiligung.
- b) Im Bereich Uetzer Straße wird eine Kostenübernahme angestrebt.
- c) Für die Fortschreibung des Bedarfsplans Radverkehr der Region Hannover wurde eine Stellungnahme abgegeben. Diese wird dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.
- d) Die in der Sitzung vom 24.04.2012 hinterfragte Tempo-30-Beschilderung vor dem Bahnhof wurde überprüft und hat weiterhin Bestand. Das Ergebnis der Überprüfung wird dem Protokoll als Anlage 2 beigefügt. Danach beginnt die zulässige Höchstgeschwindigkeit am Verkehrszeichen und endet mit der Aufhebung oder durch ein neues Zeichen mit zulässiger Höchstgeschwindigkeit. Die Geschwindigkeitsbeschränkung endet nicht automatisch mit der nächsten Kreuzung oder Einmündung. Es gilt nicht mehr, wenn die Strecke verlassen wird.

Frau Leykum verwies auf einen erneut stattgefundenen schweren Verkehrsunfall auf der B188n, bei dem wiederum ein Mensch zu Tode gekommen ist. Frau Leykum stellte zur Diskussion, ob die Situation durch Maßnahmen wie Überholverbote oder Geschwindigkeitsreduzierungen entschärft werden könnte.

Nach kontroverser inhaltlicher Diskussion der Ausschussmitglieder betonte Frau Leykum, dass diese Problematik zunächst in den Fraktionen beraten werden sollte, damit die Stadt möglichst einstimmig eine Resolution oder andere Aufforderung abgeben kann.

Herr Herbst plädierte dafür, dass zunächst die Sitzung der Unfallkommission abgewartet werden sollte, aus der Handlungsanweisungen gegenüber dem Straßenbaulastträger resultieren. Es besteht weiter die Gefahr, dass die B188n durch Geschwindigkeitsreduzierungen für Autofahrer unattraktiv wird und diese über das Stadtgebiet fahren werden. Nach der Tagung der Unfallkommission voraussichtlich im Sommer 2012 soll der Ausschuss informiert werden. Dieses Vorgehen wurde von den Ausschussmitgliedern akzeptiert.

5. **Radschnellweg nach Lehrte über Röddensen und Aligse und Anschluss an den geplanten Radschnellweg nach Hannover; Antrag von Herrn Fleischmann vom 14.03.2012 Vorlage: 2012 0111**

Herr Fleischmann erläuterte zunächst, dass die Stadt Lehrte kein Interesse

an der Einrichtung des Radschnellweges nach Hannover gezeigt hat. Daher formulierte Herr Fleischmann seinen Antrag zunächst derart um, dass der Bürgermeister und die Verwaltung beauftragt werden sollten, mit der Region Hannover darüber zu verhandeln, dass ein Radschnellweg von Burgdorf nach Hannover eingerichtet wird.

Herr Herbst verwies darauf, dass Kosten für den Bau des Radweges von insgesamt ca. 3,0 Mio. € entstehen würden und Lehrte die wesentlichen Kosten hätte tragen müssen. In Anbetracht der anderen zu verwirklichenden Projekte in Burgdorf und der Kosten sei dem Projekt nicht zuzustimmen.

Herr Obst machte deutlich, dass die dargestellten Kosten zu hoch sind und die bestehenden Radwege gut nutzbar sind. Weiter besteht ein guter ÖPNV-Anschluss nach Burgdorf, der von zahlreichen Passagieren genutzt wird. Für einen Ausbau des Radwegenetzes seien Verbindungen zwischen Burgdorf und den Ortsteilen vorzuziehen.

Herr Kuyucu betonte, dass in Anbetracht der Kostensituation eine derartige Anfrage nicht von der Stadt an die Region gerichtet werden soll.

Herr Köneke wies darauf hin, dass er während der Beratungen zum Radverkehrskonzept auf den Radweg entlang der A 37 und einen daran anschließenden Ausbau des vorhandenen Wegenetzes hingewiesen hat.

Frau Leykum schloss sich der Ansicht an, dass ein Stück des Radweges nach Hannover noch ausgebaut werden müsste.

Herr Herbst betonte, dass hohe Kosten auch bei einer bloßen Ausbesserung des Radwegenetzes entstehen würden. Der Radweg müsste von zwei auf vier Meter verbreitert sowie zusätzliche Beleuchtung eingerichtet werden. Pro Kilometer des Radschnellweges würden voraussichtlich ca. 100.000 € bis 150.000 € Kosten entstehen.

Frau Heldt verwies auf die Notwendigkeit, die Radwegeverbindungen in die Ortsteile zu verbessern.

Herr Fleischmann stellte seinen Antrag nunmehr dahingehend um, dass Bürgermeister und Verwaltung beauftragt werden sollten, bei der Region Hannover die Kosten für die Herstellung eines Radschnellweges von Burgdorf über Isernhagen nach Hannover zu erfragen.

Herr Herbst verwies darauf, dass eine derartige Fragestellung nicht an die Region Hannover gerichtet werden kann. Es müsste dafür zunächst eine Machbarkeitsstudie erstellt und evtl. ein Ingenieurbüro beauftragt werden. Schließlich könnte sich diese Initiative kontraproduktiv zum Radverkehrskonzept auswirken.

Frau Leykum betonte, dass mit einer Ablehnung dieses Antrages keine Aussage gegenüber dem Radverkehrskonzept oder gegen die Verbesserung des Radverkehrs insgesamt verbunden ist. Allerdings würden nur durch den gestellten Antrag erhebliche Kosten entstehen.

Mit 8 Nein-Stimmen und einer Enthaltung fasste der Ausschuss für Umwelt und Verkehr folgenden empfehlenden

Beschluss:

Der Antrag, dass Bürgermeister und Verwaltung beauftragt werden sollten, bei der Region Hannover die Kosten für die Herstellung eines Radschnellweges von Burgdorf über Isernhagen nach Hannover zu erfragen, wird abgelehnt.

6. **Ausbau und Verbesserung der Radabstellanlagen auf beiden Seiten des Burgdorfer Bahnhofs;**
Antrag von Herrn Fleischmann vom 15.03.2012
Vorlage: 2012 0112

Herr Fleischmann erläuterte seinen Antrag, auf der Ostseite des Burgdorfer Bahnhofs die Fahrradstellplätze in den Käfigen zu erweitern und auf der Westseite im Parkhaus den Ausbau der Fahrradabstellplätze voranzutreiben.

Herr Herbst erläuterte, dass es sich um eine Aufgabe der Region Hannover handelt. Bereits bei der Erstellung des Nahverkehrsplans 2008 war durch die Stadt Burgdorf angeregt worden, dass entsprechende Maßnahmen ergriffen werden sollten. Für die Aufstellung des Nahverkehrsplans 2013 sollte dieses wiederholt und die Bemühungen gegenüber der Region intensiviert werden. Eine entsprechende Stellungnahme wurde jüngst durch die Verwaltung gegenüber der Region abgegeben. Schließlich machte Herr Herbst deutlich, dass für die Stadt Burgdorf aufgrund der Aufgabenverteilung keine Kosten zukommen dürfen.

Nach inhaltlicher Diskussion durch den Ausschuss regte **Frau Leykum** an, dass der Antrag von Herrn Fleischmann derart umgestellt werden könnte, dass auf die Region Hannover eingewirkt wird, dass Abstellplätze vermehrt geschaffen werden. **Herr Fleischmann** stimmte dieser Antragsänderung zu.

Einstimmig fasste der Ausschuss für Umwelt und Verkehr folgenden empfehlenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, schriftlich den Stand der weiteren Planungen für eine Erweiterung der Radabstellplätze am Bahnhof Burgdorf bei der Region Hannover abzufragen und auf eine Umsetzung dieser Bestrebungen in Bezug auf den Nahverkehrsplan hinzuwirken.

7. **Straßeneinmündung Kronsberg-Burgdorfer Straße**
- Antrag von Herrn Ortsbürgermeister Carl Hunze vom 18. April 2012 -
Vorlage: 2012 0128

Herr Herbst erläuterte die Historie des von Herrn Hunze gestellten Antrages und dass dieser seit dem Jahr 1995 mehrfach die Politik beschäftigt hat. Allerdings wurden letztlich nie Haushaltsmittel bereitgestellt. Eine Kostenermittlung Mitte der 1990er Jahre hat Gesamtkosten von ca. 120.000 – 190.000 DM ergeben.

Herr Obst wies auf die Verkehrssituation im Einmündungsbereich Kronsberg/Burgdorfer Straße hin und betonte, dass durch veränderte Planungen das Radverkehrskonzept nicht beeinträchtigt werden darf.

Einstimmig fasste der Ausschuss für Umwelt und Verkehr folgenden empfehlenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag zu erarbeiten, wie die Einmündung der Straße Kronsberg zur Burgdorfer Straße übersichtlicher gestaltet werden kann und dabei das Radverkehrskonzept in die Überlegungen einzubeziehen.

Ferner wird um Prüfung gebeten, wie die Parkmöglichkeiten am Kronsberg verbessert werden können.

**8. Wegebau im Flurbereinigungsverfahren Burgdorf-Nord
Vorlage: 2012 0140**

Herr Herbst erläuterte die geplante Vorgehensweise der Flurbereinigung anhand der als Anlage 3 beigefügten Präsentation.

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr fasste **einstimmig** folgenden empfehlenden

Der Verwaltungsausschuss beschließt, unter der Voraussetzung dass der Rat der Vorlage 2012 0133 zustimmt, den Neubau und die Rekultivierung der Wege im Flurbereinigungsbiet Burgdorf-Nord wie in der Vorlage 2012 0140 dargestellt.

9. Anregungen an die Verwaltung

- a) **Herr Obst** hinterfragte die Tragkraft der in der Braunschweiger Straße im Bereich Knickstraße eingebrachten Pflasterung.

Herr Herbst erläuterte, dass die Pflasterung ausreichend tragkräftig ist, da voraussichtlich weniger Fahrzeugverkehr als in der Oberen Marktstraße diesen Bereich befahren wird.

- b) **Herr Obst** hinterfragte die Breite der Pflasterfugen in dem Bereich Kellengasse/Willersgasse.

Herr Herbst verwies auf den nicht-öffentlichen Teil der Sitzung.

- c) **Herr Morich** hinterfragte, ob bei einer anstehenden Erneuerung des Hinweisschildes in der Frederickenstraße auf das Tierheim nicht ebenfalls ein Hinweisschild für den Tierfriedhof aufgestellt werden könnte.

Herr Herbst verwies darauf, dass der Tierfriedhof mit anderen Einrichtungen gleich behandelt werden muss.

- d) **Frau Heldt** sprach bzgl. der Begehung der Straße „Rapsfeld“ in Schillerslage wegen der Versickerungsmulden an, dass dort bereits seit mehreren Monaten Probleme bestehen und nicht erst seit dem jüngst stattgefundenen Turnier. Zwar hätten dort Fahrzeuge geparkt. Die

Verdichtung des Bodens habe schon länger bestanden.

Herr Herbst wies darauf hin, dass zukünftig für Genehmigungen Änderungen beabsichtigt sind, diese Angelegenheit sich noch in der Prüfung befindet.

- e) **Herr von Oettingen** hinterfragte, ob das Schild des Stadtmarketingvereins auf der Hochbrücke in dieser Form, insbesondere bezogen auf die Betonstützen, bestehen bleiben soll.

Herr Herbst erwiderte, dass es sich nicht um ein Provisorium handelt, sondern auf Wunsch des SMB aufgestellt worden ist. Die alternativen Standorte (z.B. auf dem Kreisverkehrsplatz) waren verworfen worden. Diese Angelegenheit sollte ggf. mit dem SMB nochmals besprochen werden.

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer